



Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung vom 10.12. bis 12.12.2024 – Auszug aus Drucksache 19/4445 –

Frage Nummer 3 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung

Abgeordneter
**Florian
von Brunn**
(SPD)

Nachdem die Präsidentenwahl in Rumänien vom dortigen Verfassungsgericht annulliert wurde, weil u. a. der rumänische Geheimdienst laut Medienberichten Informationen über eine massive russische Einflussnahme vorgelegt hat, frage ich die Staatsregierung nach ihren Erkenntnissen über mögliche russische, iranische oder chinesische Pläne und Aktionen sowie solche anderer Urheber, insbesondere auch im Zusammenhang mit Social Media, mit dem Ziel, das Ergebnis der anstehenden Bundestagswahl und die politische Meinungsbildung zu beeinflussen, außerdem welche Erkenntnisse das Landesamt für Verfassungsschutz über solche Pläne und Aktionen hat und welche Initiativen die Staatsregierung vor dem Hintergrund ihrer medienrechtlichen Zuständigkeiten plant, um zu verhindern, dass Social Media von den oben genannten ausländischen Mächten oder auch Unternehmern wie Elon Musk missbraucht wird, um die demokratische Willensbildung zu beeinflussen?

Antwort des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration

Die Beobachtung von möglichen Einflussnahmen und Desinformationskampagnen von ausländischen Kräften wird grundsätzlich durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sichergestellt. Vor dem Hintergrund der sich in den letzten Jahren dynamisch ändernden Gefährdungslage bei Spionage, nachrichtendienstlichen Cyberangriffen, Sabotage, Desinformation, Einflussnahme und Sanktionsumgehungen stellt sich das BfV inhaltlich und organisatorisch zur Bundestagswahl 2025 auf Einflussaktivitäten im Cyber- und Informationsraum ein. Hierzu hat das BfV eine Task Force eingerichtet, welche im engen Austausch unter anderem mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder steht. Ein aktueller Warnhinweis des BfV ist unter dem folgenden Link abrufbar.¹

Bereits anlässlich der Europawahl vom 09.06.2024 in Deutschland haben das Staatsministerium für Digitales und das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration mit der „Bayern-Allianz gegen Desinformation“ eine Initiative gestartet, um die Öffentlichkeit für die Gefahren von Desinformation zu sensibilisieren. Aus-

¹ <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/spionage-und-proliferationsabwehr/gefaehrung-der-bundestagswahl-2025-durch-unzulaessige-auslaendische-einflussnahme.html>

gangspunkt war das sog. Rekordwahljahr 2024, in dem sich zahlreiche Tech-Unternehmen auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2024 dem „Munich Tech Accord“ und damit einem verstärkten Vorgehen gegen Desinformation verpflichtet hatten. Die Staatsregierung knüpfte mit der Bayern-Allianz zusammen mit Tech-Firmen an diese Selbstverpflichtung der Unternehmen mit konkreten Maßnahmen an.

Die Bayern-Allianz gegen Desinformation stützt sich auf fünf Säulen: 1) Ein Bündnis mit internationalen Plattformbetreibern und Tech-Unternehmen (u. a. Adobe, Fujitsu, Google, IBM, Meta, Microsoft, O2 Telefónica, Siemens, Tiktok, vbw e. V), 2) einen staatlichen Angebotskatalog gegen Desinformation 3) Bayern als verlässlichen Partner der Medien, 4) Eine Beteiligung der bayerischen Zivilgesellschaft sowie 5) die Assoziierung politischer Organisationen.

Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, zu schützen und so zu wappnen, dass Desinformation erkannt und als solche behandelt wird. Der Start der Bayern-Allianz war angesichts des breiten Maßnahmenspektrums und der Resonanz in der Öffentlichkeit sehr erfolgreich: Allein die Social-Media-Kampagne erreichte sechs Mio. Menschen. Die Initiative wird laufend weiterentwickelt.